

Kopie an: Schweizerische Botschaft, Köln;
HH. Botschafter Jolles;
Botschafter Languetin; Bern, den 11. November 1975
Levy

Herrn Dr. Hans Friderichs,
Bundesminister für Wirtschaft,

53 B o n n .

Sehr geehrter, lieber Herr Bundesminister,

In ungefähr einem Monat wird in Paris die Konferenz über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit durch ein Ministertreffen eröffnet werden. Der schweizerische Bundesrat teilt die Auffassung anderer Regierungen und namentlich der deutschen Bundesregierung, dass es sich hierbei um ein politisch und wirtschaftlich bedeutsames Ereignis handelt.

Die Europäischen Gemeinschaften, die Vereinigten Staaten und Japan haben es anlässlich der Vorkonferenz in Paris unternommen, bis Mitte November die französische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, welche fünf weiteren Industriestaaten zusammen mit ihnen an der am 16. Dezember beginnenden Tagung teilnehmen werden. Natürlich bin ich mir bewusst, dass der nachträgliche Anspruch Grossbritanniens auf eine Eigenvertretung geklärt werden muss, bevor der Kreis der Teilnehmerstaaten endgültig festgelegt werden kann. Der Bundesrat ist jedoch über die eingetretene Verzögerung umsomehr beunruhigt, als die innerstaatliche und die internationale materielle Vorbereitung der Konferenz durch diese Ungewissheit beeinträchtigt wird. Auch ist heute nicht einmal bekannt, auf welche Weise die Bezeichnung dieser zusätzlichen Teilnehmerstaaten erfolgen soll.

Die Schweiz gehört bekanntlich zu jenen OECD-Staaten, welche ihr Interesse für einen der verbleibenden fünf Sitze angemeldet haben. Wir haben denn auch anfangs September in diesem Sinne in den Hauptstädten der OECD-Länder eine diplomatische Demarche unternommen. Ihre enge Verbindung mit der Weltwirtschaft, ihre besonders grosse Abhängigkeit vom eingeführten Erdöl für die



Energieversorgung (zu rund 80 %), ihre Rolle im Welthandel und als internationaler Finanzplatz und vor allem ihr traditionelles Einstehen zugunsten der Erhaltung liberaler, marktwirtschaftlicher Prinzipien in den internationalen Beziehungen erklären das ausgesprochene Interesse der Schweiz an einer aktiven und direkten Teilnahme an der Pariser Konferenz und hiernach in den von dieser einzusetzenden vier Kommissionen.

Ich darf wohl davon ausgehen, dass auch das Bestreben der deutschen Bundesregierung darauf ausgerichtet ist, dass die notwendige Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen unter der weitestgehenden Aufrechterhaltung liberaler Ordnungsprinzipien erfolgt. Ich bin in dieser Auffassung durch die Unterlagen bestätigt worden, die Herr Botschafter Jolles von der kürzlichen Tagung auf Schloss Gymnich mitgebracht hat und die ihm von Herrn Bundesminister Bahr übergeben worden waren.

Dies ist der Grund, weshalb ich Ihnen sehr dankbar wäre, wenn Sie sich in der Bundesregierung dafür einsetzen würden, dass der schweizerische Vertretungsanspruch berücksichtigt wird. Vermutlich wird die Vorbereitung der Pariser Konferenz Gegenstand des Wirtschaftsgipfels in Rambouillet bilden, an der Ihre Regierung eine massgebliche Rolle zu führen berufen ist.

Mit freundlichen Grüssen

sig. Brugger